MARKT

Mittwoch, 3. August 2011

Wenn Bürgernähe ganz weit weg ist

Boltenhagen ohne Bürgerbüro und ein Bürgermeister, der zensieren möchte

(Boltenhagen, pm). Am vergangenen Donnerstag tagte in Boltenhagen die Gemeindevertretung, dabei fand die Berichterstattung des MARKTES vom Vortag („Die zerschlagene Demokratie") Erwähnung in die Sitzung. Wie wir erfuhren, hat sich der amtierende Bürgermeister, Christian Schmiedeberg (CDU), mit Vorhaltungen an zwei Gemeindevertreter gewandt, weil er in ihnen Autoren von Leserbriefen, beziehungsweise Gedichten aus der „MARKT-Zeitung" vermutete.

Dabei störte er sich nicht am Artikel 5 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland dessen Absatz 1 gern in Erinnerung gebracht werden soll

GG Artikel 5 Abs. 1: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Auch zukünftig werden die Geschehnisse in Boltenhagen kritisch beobachtet und - wenn notwendig - über die Medien publiziert.

Vor allem ein Thema bewegt im Moment die Gemüter im Ostseebad - das versprochene und dennoch verschwundene Bürgerbüro nach der Aufgabe der Amtsfreiheit von Boltenhagen. Seit dem 1. August müssen die Bürger für melderechtliche Angelegenheiten und Wohngeldanträgen zum Bürgerbüro des Amtes Klützer Winkel in die Schloßstraße - vor allem für ältere Einwohner eine mehr als umständliche Angelegenheit.

Wo, so fordern Kritiker, bleibt die versprochene Außenstelle für bestimmte Amtsangelegenheiten in Boltenhagen? Vielleicht sollte die Politik noch einmal darüber in Ruhe nachdenken - und das oft zitierte Wort „Bürgernähe" auch tatsächlich praktizieren im Sinne von 'umsetzen'.

So nüchtern klingt die Information für die Boltenhagener Bürger - sie werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Die versprochene Außenstelle gibt es (noch) nicht, ältere Einwohner müssen umständliche Wege auf sich nehmen.

Veränderte Öffnungszeiten

Aus technischen Gründen im Zuge der Einamtung der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen in das Amt Klützer Winkel, bleiben das Bürgerbüro des Amtes Klützer Winkel und das Einwohnermeldeamt in dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen **in der Zeit vom 25.07.2011 bis 29.07.2011 geschlossen.**

In **dringenden Angelegenheiten** können vorläufige Dokumente (Personalausweise/Pässe) zu den regulären Sprechzeiten bei der Verwaltungsgemeinschaft der Stadt Grevesmühlen und dem Amt Grevesmühlen-Land, mit Sitz in 23936 Grevesmühlen, Rathausplatz 1, beantragt werden.

Ab dem **01.08.2011** werden melderechtliche Angelegenheiten und Wohngeldanträge für die Bürger der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen **nur noch über das Bürgerbüro des Amtes Klützer Winkel,** mit Sitz in 23948 Klütz, Schloßstraße 1, bearbeitet.

Klütz, 21.07.2011

Der Amtsvorsteher

„Der Amtsausschuss hat das entschieden"

Frühere Kämmerin jetzt im Bauamt

(Klütz, mr). „Der Amtsausschuss hat im Rahmen der Neustrukturierung über die Besetzung im Fachbereich 2 so entschieden - im übrigen rede ich nicht öffentlich über Personalien." Kurz und knapp beantwortet Verwaltungschef Dietrich Neick die Anfrage der Redaktion nach der 'Personalie Kathrin Dietrich' (Foto).



Die ehemalige Kämmerin wurde wegen Betruges zu einer Geldstrafe von 4.500 Euro verurteilt und - pikante Randnotiz - bekam eine weitere Strafanzeige wegen eines falschen Gutachtens (Villa Süd West).

Eine Thematik, die zweifelsfrei zum Fachbereich Bau- und Ordnungswesen gehört - der nun mit Kathrin Dietrich besetzt ist.

Für Landrätin Birgit Hesse gehört die Entscheidung des Klützer Amtsausschusses zwar zur kommunalen Selbstverwaltung, allerdings kündigte sie in einem Telefongespräch mit der Redaktion an, „der Angelegenheit nachzugehen." Bislang habe niemand bei ihr zu diesem Thema nachgefragt.

Bleibt aber dennoch die Frage: Wie kann es sein, dass eine wegen Betruges verurteilte Kämmerin ausgerechnet in dem Fachbereich eingesetzt wird, der ebenfalls mögliche juristische Folgen für Kathrin Dietrich haben könnte - dem falschen Gutachten im rahmen des Projektes Villa Süd West.